

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands. Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2,20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Druckverlagsanstalt für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Montag, 16. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die eingepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangelegenheiten, Vereins- und Veranstaltungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, eingepaltes oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Auslandspolitik der Woche.

Briand in Not. — Zwei Wege französischer Außenpolitik. Die Krise von Cannes. — Rathenau und die Reparationskommission. — Die Tagesordnung von Genoa-Deutschland, das europäische China. — Das Proletariat muß eingreifen.

Die nachfolgenden Ausführungen sind zum Teil schon durch neue Ereignisse überholt. Aber die durch den Sturz Briands hervorgerufene nationale wie internationale Krise läßt sich gerade durch den Wochenrückblick in ihrer Entwicklung gut verfolgen. Und in diesem Sinne bringt uns der Artikel auch dem Verständnis der gegenwärtigen Lage nahe.

Die Redaktion.

A. R. Briand*) muß die Konferenz von Cannes unterbrechen und nach Paris fahren, um sich vor Ministerrat, Kammer und Senat zu rechtfertigen. Das ist in der Geschichte der diplomatischen Konferenzen etwas Unerhörtes. Sonst verlangt ein Minister, auch wenn er noch so viel Opposition gegen sich hat, daß man ihn während einer diplomatischen Aktion nicht stört und die Kritik erst nach deren Abschluß übt. Es hat sich jetzt aber in Paris ein solcher Sturm erhoben, daß Briand versuchen muß, in aller Eile zu retten, was sich noch retten läßt. Um was handelt es sich bei diesem Duell zwischen Briand und Poincaré? Denn Herr Poincaré ist aus der schlaun Zurückhaltung, die er in den letzten Wochen bewahrt hatte, herausgetreten. Er hat als Vorsitzender des Senats-Ausschusses für auswärtige Politik jenes Telegramm an Briand injiziert, das den Aufstakt zur Krise bildete. Es handelt sich durchwegs nicht um einen Kampf zwischen Militarismus und Pazifismus, denn gerade Herr Briand, der in Washington mit so viel Eifer Frankreichs Säbel geschwungen hat, dürfte sich als Friedensfreund selbst am ehesten ausnehmen. Es ist auch kein Gegensatz zwischen Großbourgeoisie und Kleinbürgertum, sondern es handelt sich um eine zwiespältige Auffassung innerhalb der französischen Kapitalistenklasse selbst. Der Grundgedanke, der allen französischen Politikern gemeinsam ist, liegt darin, daß Frankreich sich alle wesentlichen Kohlen- und Eisenquellen Mitteleuropas aneignen will. Frankreich hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, unter irgend einem Vorwand das Ruhrgebiet zu besetzen. Zweitens wünscht die herrschende Klasse Frankreichs aus Deutschland soviel bares Geld herauszuholen, daß damit eine allzu harte Besteuerung des französischen Kleinbürgertums vermieden wird. Denn sobald der Kleinbürger und Bauer Frankreichs nach dem „ruhmreich“ beendeten Krieg selbst zahlen müßte anstelle der Deutschen, würde er sehen, daß oben etwas nicht stimmt. Dann käme in Frankreich ein parteipolitischer Zusammenbruch, den man unbedingt vermeiden will. In beiden Punkten sind sich Briand und Poincaré eigentlich einig. Aber Briand fürchtet nun aber, daß Briand in seinem Streben, England zu gefallen, in Cannes die Grenze überschritten hat, welche die Lebensinteressen des französischen Kapitals bezeichnet. Das ist der Sinn der gegenwärtigen Pariser Krise.

Die englische Politik will verhindern, daß Frankreich über kurz oder lang sich in den Besitz der deutschen Kohlengruben setzt. England will die deutsche Bourgeoisie schonen, mit ihr zusammen das russische Geschäft machen. Ferner will England durch eine Eisenbart-Kur die Saluta Deutschlands so hoch treiben, daß damit die Gefahr der deutschen Schmutz-Konkurrenz beseitigt wird. Hinter der Idee des englisch-französischen Bündnisses, die in Cannes wieder auftaucht, mittern die Freunde Poincarés die Absicht, Frankreichs Truppen vom linken Rheinufer fortzubringen und damit eine künftige Besetzung des Ruhrgebiets unmöglich zu machen. Ferner könnte eine Sanktionierung der deutschen Saluta verbunden mit erheblichen Zahlungserleichterungen dazu beitragen, daß Deutschland künftig seine Zahlungsverpflichtungen pünktlich erfüllt. So würde Frankreich den Vorwand verlieren, Sanktionen anzuwenden und rechts des Rheins vorzumarschieren. Endlich fürchtet man, daß Deutschland nach Annahme des englischen Zahlungsplans zu wenig bares Geld abliefern würde. Es wird zwar in Cannes ständig versichert, daß Frankreich keinen Schaden leiden soll, indem Frankreich in diesem Jahr statt des Hauptteils der Barzahlungen Sachlieferungen im Wert von 1250 Millionen Goldmark erhält. Solche Sachlieferungen hatte sich Frankreich im Wiesbadener Abkommen gewünscht. Aber in Wiesbaden wollte man diese Sachlieferungen zunächst nur zu einem Drittel des Wertes den Deutschen gutschreiben. Die riesigen Bar-

Schiffbruch der Verständigungspolitik.

Aushungerungsabsichten gegenüber dem Proletariat Deutschlands.

Briand gestürzt. Ein Kabinett Poincaré gebildet. Die Konferenz von Cannes gesprengt.

Diese Tatsachen sind geeignet mit einem Schlage die ganze internationale Situation zu verschärfen. Der überraschende Angriff der französischen Großbourgeoisie gegen das kleinbürgerlich-pazifistische Beginnen, „internationale Verständigung“ zu mimen, hat zu einem vollen Erfolge der Chauvinisten geführt.

Damit steht für das Proletariat eins fest: Schon der leiseste Versuch, die kapitalistischen Staaten zusammenzuführen auf der Basis eines großzügigen kapitalistischen Wiederaufbaus, ist in sich zusammengebrochen. Schon der recht bescheidene Anfang zur Revision des Vertrages ist in sein Gegenteil umgeschlagen. Er bedeutet nur Beginn neuer und verschärfter Konflikte. Die „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ platzt wie eine Seifenblase.

Was lehren die Vorgänge dem Proletariat Deutschlands? Sie sollten ihm zeigen, daß der Boden des kapitalistischen Wiederaufbaus und der kapitalistischen Verständigung immer schwankend bleibt, auf ihm immer wieder nur neues Unheil für die arbeitende Bevölkerung blüht, und wenn abhängige und unabhängige Sozialdemokraten sich noch so sehr die Lungen heißer schreien bei den Lobpreisungen der „Verständigung“. Bei der selbstverständlichen Ausnutzung jeder Möglichkeit, die Leben des Proletariats zu vermindern und abzukürzen, ist eben stets an die Grundgedanken festzuhalten, und dementsprechend auch das proletarische Ziel ins Auge zu fassen, daß eine Lösung des Wiederaufbauproblems nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems und durch eine Verständigung der internationalen Arbeiterklasse ermöglicht wird.

Die Vorgänge in Frankreich sind ein warnendes Zeichen für die Arbeiterklasse Deutschlands. Die bisherige französische Regierung mit Briand an der Spitze und Doumergue als wirtschaftlicher Ratgeber war als die Vertreterin des pazifistischen Kleinbürgertums und der noch unklaren, nicht bis zum Klassenkampf vorgedrungenen Arbeiter getreu ein Spiegelbild Wirths und seines wirtschaftlichen Schildknappen Rathenau, die sich bekanntlich ebenfalls der Zuneigung aller Kleinbürger und Sozialisten pazifistischer Prägung erfreuen.

Wenn jetzt durch den Mann der französischen Finanzbourgeoisie und Schwerindustrie, Poincaré, nicht bloß außenpolitisch die englisch-französische Annäherung auf dem Spiele steht, sondern vor allem neue Sanktionen, Ruhrgebietsbesetzung usw. wieder auf den Weg kommen, so liefert das selbstverständlich nur neuen Wind für die Segel der kapitalistischen Reaktion in Deutschland.

Wenn nicht alles kündigt, brennt heute bereits Wirth der Boden unter den Füßen. Jetzt gilt es, nicht wehklagend der sogenannten Demokratie nachzulaufen, sondern

kühn hervorzutreten mit einem revolutionären und rein proletarischen Programm. Immer deutlicher heben sich die beiden Fronten, hier Proletariat, dort Großkapital ab, notwendig ist nun, daß auf die proletarische Front die breiteste Masse der Arbeiter frei von allen kleinbürgerlich-reformistischen Illusionen treten.

Es muß in Deutschland endlich eine wirkliche Arbeiterpolitik getrieben werden.

Nach innen ist der verschärfte Kampf zu führen gegen jede Reaktion, gegen den jetzt sicher gesteigerten Willen, alle Lasten der Reparationen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Ein Verbrechen am Proletariat wäre es jetzt, angesichts der „Bedrohung des Vaterlandes“ wieder einmal den Burgfrieden zu proklamieren. Jetzt gilt erst recht an der Parole „Erfassung der Sachwerte“, die alle kampfbereiten Elemente des Proletariats erfassen muß, festzuhalten.

Nach außen weist gerade der erneute Zusammenbruch aller kapitalistischen Wiederaufbauprogramme mit größter Eindringlichkeit einer proletarischen Politik, den Weg nach dem Osten. Die stabile und konsequente Politik Sowjets-Rußlands, heute die schärfste Waffe gegen den Entente-kapitalismus, ist der Konzentrationspunkt, um den sich heute jede wirkliche Arbeiterpolitik zu gruppieren hat.

In diesem Sinne haben die neuesten Ereignisse um so klarer die Parolen herausgearbeitet:

Erfassung der Sachwerte!
Schutz- und Trübbündnis mit Sowjet-Rußland!

Die Wirth-Regierung versucht, den Zusammenbruch ihrer Verständigungspolitik sofort dazu auszunutzen, um die Arbeiterklasse erneut mit schweren Lasten zu belegen. Sie will scheinbar sich vor der Prügel der deutschen großkapitalistischen Kreise retten, indem sie dort wie der gehorsamste Lakai zu beweisen sucht, daß niemand von den großen Herren etwas zu befürchten braucht, die Masse der arbeitenden Bevölkerung trägt alles.

So hat Rathenau im Namen der Reichsregierung in Paris erklärt, die Reichsregierung sei bereit, die Steuern des Jahres 1921 und 1922 zu verdoppeln, ferner das Defizit bei Post und Eisenbahn zu beseitigen und künftig zur Verbilligung des Brotes keine Zuschüsse mehr zu leisten.

Will sich die Arbeiterklasse das gefallen lassen? Was gedenkt die Sozialdemokratie gegenüber dieser Erklärung Rathenaus im Namen der Reichsregierung zu tun? Wird sie weiter den Burgfrieden predigen?

Arbeiter in den Betrieben und in den Gewerkschaften geht selbst Antwort darauf, indem Ihr Euch zu einer einigen Kampffront gegen die Aushungerungsversuche erhebt.

zahlungen Deutschlands sollten noch daneben erfolgen. So war das Wiesbadener Abkommen nicht gedacht, wie man es jetzt in Cannes auslegen will. Poincarés Telegramm besagt, daß in erster Linie nicht der Wiederaufbau Deutschlands oder Rußlands, sondern der Wiederaufbau Frankreichs kommen muß. Mit dieser geschickten Demagogie hofft die Poincaré-Gruppe, die breiten Massen des französischen Kleinbürgertums einzufangen. Weiter wird erklärt, daß auf keinen Fall die belgische Priorität erschüttert werden darf. Das bezieht sich auf Belgiens Vorrang auf Grund des Versailler Vertrags, von den Barzahlungen Deutschlands in den ersten Jahren den Löwenanteil zu erhalten. Jedes Teilmoratorium für Deutschland muß infolgedessen Belgien schädigen. Auch in dieser Hinsicht wirft Poincaré äußerst geschickt in die französische Öffentlichkeit die Frage: Belgien oder Deutschland?

Ob Briand die Krise noch einmal überleben wird, ist unsicher. Sollte er sich behaupten, so wird er aber einen wesentlich schärferen Kurs nach seiner Rückkehr in Cannes einhalten müssen. Er wird dafür sorgen müssen, daß Frankreichs Truppen am Rhein bleiben, auch in Düsseldorf und Duisburg. Er wird ferner dafür sorgen müssen, daß Deutschlands Barzahlung in diesem Jahr viel höher wird, als man es bisher beabsichtigte. Daß nicht alles so geht, wie die deutsche Regierungspresse es sich einredete, beweist schon das Schicksal der deutschen Delegierten in Cannes. Herr Rathenau hoffte, daß er sofort in die offenen Arme des Obersten Rats fliegen wird. Damit wird es

nichts. Briand stellte fest, daß die deutsche Regierung es nicht für nötig gehalten hat, der Reparationskommission die Aufkünfte zu erteilen, die diese nach Deutschlands Vorklarstellung zu fordern. Diese deutsche Unterlassung muß gut gemacht werden. Deshalb findet zunächst in Cannes eine Sitzung der Reparationskommission statt. Vor dieser muß Herr Rathenau erscheinen und berichten. Dann wird die Reparationskommission dem Obersten Rat Bericht erstatten. Die Einfügung der Reparationskommission bedeutet, daß man sich streng im Rahmen des Versailler Vertrages halten will, dessen Ausführung die Reparationskommission zu überwachen hat. Die deutsche Regierung wird trotz aller Bemühungen den Schlingen des Versailler Vertrags nicht entgehen.

Als der Plan der internationalen Wirtschaftskonferenz austauchte, wurde in Frankreich sofort betont, daß die Reparationsfrage auf dieser Konferenz nicht behandelt werden darf. Briand gab eine entsprechende Zusicherung im Senatsausschuß für auswärtige Politik, und auch jetzt wird aus Cannes gemeldet, daß in Genoa die Wiedergutmachung nicht auf der Tagesordnung stehen wird. Die Hoffnung der Stinnesleute, die deutsche Reparationspflicht in ein festes russisches Geschäft umzuwandeln, ist also trügerisch. In Genoa wird Rußland mit der Entente auf gleichem Fuß verhandeln. Und Rußland wird es zu verhindern wissen, daß ein internationales Finanzfondat es in ein zweites China verwandelt. Dafür ist die Entente-Kontrolle über die deutsche Wirtschaft geföhrt. Das europäische Pro-

*) Er ist inzwischen von Poincaré gestürzt worden.

wird nicht Russland sein, sondern das Deutschland der Wirtschaft und Mathenau. Es liegt an dem deutschen Proletariat, ob es die unerhörten Lasten geduldig tragen will, die ihm infolge der Entente-Kontrolle über die deutsche Wirtschaft auferlegt werden. Denn bei den jetzigen politischen Machtverhältnissen in Deutschland verschont die Entente-Kontrolle die Bourgeoisie, während sie aus dem Proletariat den letzten Pfennig herausholt. Die deutsche Arbeiterklasse muß durch Erfassung der Sachwerte die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse umgestalten. Die deutsche Arbeiterklasse muß verhindern, daß ein Mathenau sie ungestört in Cannes verlaufen darf.

Politische Übersicht.

Der Parteitag der USPD. Niederlage der linken USPD.

Der Parteitag der USPD brachte dem linken Flügel eine schwere Niederlage, indem nicht weniger als 60 Delegierte bei der Vorstandsversammlung den Namen Ledebour demontiert vom Stimmzettel strichen, so daß Crispian und Dittmann ihn bei weitem übertrafen. Dagegen wurde als Neuerung Hilferding in die Zentralkommission gewählt.

In der Mittwoch-Nachmittagsitzung bekehrte sich Edel-Dresden darüber, daß es der Partei oftmals an Selbstvertrauen gefehlt hat. Aus diesem Grunde sind oft Korrekturen gemacht, die von unserem Parteiprogramm abwichen. Redner tritt ein für einen mitteleuropäischen sozialistischen Staatenblock. Anna Nemitz regt an, bei den Frauen nicht nur parteipolitisch zu arbeiten. Im Segenheil müsse vielmehr an das Gefühl appelliert werden. Donnerstag vormittag gab Lopinski den Bericht über die Organisations-Kommission. Währenddem ging der Wahlvorschlag zur Parteileitung ein. Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde das Wahlergebnis bekannt gegeben. Von den drei Vorsitzenden erhielt Crispian 181, Dittmann 164, Ledebour 124 Stimmen. Kassierer wurde Ludwig, Sekretäre Künzler und Zick. Als Beisitzer wurden gewählt: Brühl, Hilferding, Krille, Moies, Nehmsig, Wurm, Rojewski. Die Linke, Ledebour und Rojewski, erhielten 60 bzw. 40 Stimmen weniger als die „Rechten“ und die „Mitte“. Nach einer kurzen Debatte über das Kommunalprogramm, in der der Satz, die Bürgermeister sind durch das Volk zu wählen gestrichen wurde, erhielt Dittmann das Schlußwort: Gewaltige Arbeit ist gelehrt. USPD ist eine Partei mit einheitlicher Grundausrichtung. Der Parteitag hat in der Steuerfrage klar gefordert: herant an die Sachwerte, Hand weg von den Hungerlöhnen der Masse. Der Parteitag hat protestiert gegen die Schandjustiz, gegen Neuvandalismus. Er hat sich gewandt gegen die Auslieferung der spanischen Revolutionäre. Die Unvereinbarkeit vieler ausländischer Sozialisten beweist das Ansehen der USPD in der internationalen Arbeiterbewegung. Mit seinem Manifest hat die USPD den Weg gezeigt, der zum Siege des Proletariats führt.

Von diesem Ausgang des Parteitages der USPD werden nicht nur die revolutionären Arbeiter außerhalb, sondern insbesondere auch die Kampftrüben Elemente in der USPD selbst schwer enttäuscht sein. Keine der großen Fragen (Koalitionspunkt, Diktatur des Proletariats, Steuerfragen usw.) haben eine klare eindeutige Antwort im Sinne des revolutionären Proletariats gefunden. Und wenn Dittmann am Schluß der Tagung ruhredig von der „internationalen Tribüne“ sprach, so kann er nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf dieser „Tribüne“ eine unwürdige, böseartige antivoluntaristische Hege getrieben worden ist, über die in allen Reaktionslagern heftiger Jubel ausbrach. „Sage mir, wer dich lobt, und ich kenne deinen Wert.“ Und der Triumph der Hilferding-Lente, daß in Cannes sich der Erfolg und das Wahre ihrer Politik gezeigt habe, löst sich schon zur Stunde auf in eitel Dunst. In Paris zerbricht man das trüblichimmernde Glas von Cannes.

Man hat in Leipzig das Leipziger Aktionsprogramm formell wieder bekräftigt noch aufgehoben. Saug- und Langlos legte man es zu den Akten. An seine Stelle tritt ein wortreiches Manifest, das der bisherigen politischen Praxis der Brenscheid und Hilferding alle Freiheit löst. Und Ditt-

mann, der dritte im Vorstandsbunde, weiß, weshalb er die Koalitionspolitik mit einem Sieb auf die SPD. ablehnte, um im gleichen Atemzuge die schmächtige österreichische Koalition der Adler und Bauer zu preisen. Das kann nur bedeuten: im gegebenen Fall sind die USPD-Führer nach einigem Sträuben zur Koalitionslösung bereit. Die Unterstützung der Wirtschaft durch die USPD ist der eloquenteste Beweis, daß ihre „Koalitionsgenossenschaft“ schnell verfliegende Brüderie ist.

Doch es liegt an den Arbeitern. Ihr Kampfwille kann und muß alle Diplomatie der Hilferdinge und Dittmänner zerschanden machen.

Aus der Partei.

Achtung! An die Ortsgruppen! Ausschneiden!
Die Geldsendungen an die Bezirksklasse, Note Hilfe, Rußlandhilfe, Verlag usw. gingen bisher sehr oft an die falsche Adresse, wodurch die Geschäftsführung sehr erschwert und die Erledigung verzögert wurde. Wir haben deshalb für die verschiedenen Ressorts besondere Postcheckkonten eingerichtet und bitten in Zukunft Geldsendungen nicht an die bisherigen Adressen, sondern wie folgt abzusenden:
An die Bezirksleitung: Alfred Delpner, Breslau, Nikolaistraße 49/50, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 58 864.
An die „Note Hilfe“: Hermann Ammon, Breslau, Leuthenstraße 11, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 15 429.
An das Arbeiter-Hilfskomitee für die Hungernden Sowjet-Rußlands: Oswald Scholz, Breslau, Augustastrasse 123, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 12 977.
An die Produktiv-Genossenschaft sowie „Schlesische Arbeiter-Zeitung“: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien in Breslau, Nikolaistraße 49/50, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 31 059.
An die kommunistische Bucherei: Rudolf Belle, Breslau, Gräbischer Str. 45, Postcheckkonto: Breslau, Nr. 30 599.
Die Bezirksleitung USPD. Schlesien.

Von der Zentrale wird uns gemeldet:

Die Zentrale hat in ihrer Sitzung vom 11. Januar die Genossen Paul Neumann, Paul Wegmann, Wilhelm Hauth, Heinrich Pabst und Elias Laub der Funktionen enthoben, die sie im Auftrage der Zentrale ausgeübt haben. Die genannten Genossen haben in Gemeinschaft mit 22 Genossen Friesland, Braß und Malgahn und weiteren 22 Genossen einen Aufruf an die Gesamtpartei erlassen, trotzdem sie vorher von der Zentrale ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß ein solches Vorgehen gegen das Parteistatut verstößt und ein Bruch der Parteidisziplin ist.

Obgleich dadurch die Veröffentlichung dieses zweiten Aufrufes schwerer zu verurteilen ist als der erste von Braß, Friesland und Malgahn erlassene Aufruf, so hat die Zentrale doch von weitergehenden Maßnahmen gegen die genannten Genossen Abstand genommen, um dem am 22. Januar zusammentretenden Zentralausschuß die weiteren Entscheidungen zu überlassen.

Die Zentrale hat sich auch in ihren Maßnahmen zur Wahrung der Parteidisziplin auf die Genossen beschränkt, die in ihrem Auftrage zentrale Funktionen ausübten. Die Zentrale ersucht die Organisationen, gegen die anderen Unterzeichner des Aufrufes bis zur Entscheidung durch den Zentralausschuß Maßnahmen nicht zu ergreifen, wenn nicht die Organisationen durch das Verhalten der in Frage kommenden Genossen dazu gezwungen werden. Diese Zurückhaltung ist schon deshalb geboten, weil bereits in mehreren Fällen feststeht, daß die Urheber des Aufrufes Namen von Genossen unter den Aufruf gesetzt haben, ohne daß diesen der Aufruf vorgelegt worden ist und ohne daß sie um die Unterzeichnung des Aufrufes ersucht worden sind.

Schlesische Rundschau.

Vergamantlos.

Im Balbenburger Revier häufen sich in letzter Zeit die Unglücksfälle, keine Woche vergeht, wo nicht ein braves Arbeiter sein Leben lassen muß.

In der Nachtschicht am Dienstag verunglückte, wie wir bereits meldeten, auf dem Mahranhacht-Abt. 1 (Schlef. Kohlen- und Kokswerke) der Häuer Mohaupt aus Gottesberg tödlich. Wiederum beklagen Frau und drei Kinder den Ernährer, kaum 31 Jahre alt, fiel Kamerad Mohaupt auf dem Schlachtfeld der Arbeit.

Es wird höchste Zeit, daß Gewerkschaften und Betriebsräte sich mit dem neuen System der Ausbeutung der Arbeiter einmal eingehend befassen. Die Grubenherren, die sich Steiger von Westfalen holen als Antreiber, führen allerlei Neugkeiten ein und bei diesen Versuchen hüben die Arbeiter Leben und Knochen ein. Bei etwas mehr Gewissenhaftigkeit hätte dieses Unglück vermieden werden können. Der Verunglückte arbeitete auf der dritten Sohle im Flöz 13 vor einer Schwebenden. Durchzumachen waren noch etwa zwei Meter, bei der Beschaffenheit des Gebirges (Eisenstein) durfte nicht zugelassen werden, das über Mohaupt geschossen wurde. Durch die Detonation löste sich das Hängende und begrub Mohaupt unter sich, sein Arbeitskollege konnte noch gerettet werden.

Die Bergarbeiter sind auch der Meinung, daß durch Verwendung von zu schwachen und ungesundem Holz sich die Gefahren täglich mehren. Was gilt dem Grubenkapital ein Arbeiterleben, wenn nur der Profit steigt. Haben doch die Schlesischen Kohlen- und Kokswerke im letzten Jahre ihr Kapital verdoppelt noch vier Prozent Dividende ausgeworfen.

Wie die Junker das Volk satt machen.

Uns wird von zuverlässiger Seite geschrieben:

Auf dem Gut Groß-Sarne im Kreise Falkenberg, das dem Grafen Präscher gehört und von der Verwaltung Ballestrom bewirtschaftet wird, hat man in den letzten Jahren fruchtbares Ackerland umgepflügt und auf diesem Acker Weiden zu Körbe gepflanzt. In diesem Jahre hat man 300 Morgen wiederum dazu vorbereitet, sodas der künftigen Ernte der Ertrag von insgesamt 700 Morgen fruchtbareren Landes entzogen werden!

Aber was fragen die Junker danach, ob die Arbeiter hungern! Für Weiden erhält man im Auslande in Form von Korbmöbeln mehr als für Korn in Deutschland.

Außerdem beabsichtigt man große Flächen zu Viehkoppeln umzuwandeln.

Die durch diese Saumwirtschaft überflüssig gewordenen Landarbeiter suchte man im Herbst loszuwerden, was aber diesen Vaterlandsverratern nicht gelang.

Freiherr von Richtigosen, der Häuptling der Schlesischen Junker, bejaht aber die von ihm aufgeworfene Frage: „Können wir unser Volk selbst ernähren?“

Nun, wir sagen, die Junker werden das Volk nie satt machen können, weil sie nur verdienen wollen, das wird, um mit unserem Altmeister Friedrich Engels zu reden: „Nur eine von den Junkern und Kapitalisten unabhängige Regierung“ tun können.

Also Landarbeiter, Kleinbauern, schließt die Reihen gegen die Junker.

Volkerversammlung in Langenbielan.

Am Dienstag, den 10. Januar, fand hier eine öffentliche Frauenversammlung der SPD. statt. Genossin Minna Reichert, Berlin, sprach über das Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage des arbeitenden Volkes.“ In die 400 Versammlungsbesucher lauteten ihrem Vortrage. Sie schilderte die grenzenlose Verelendung der arbeitenden Klasse in Deutschland. Trotz allem Fleiße ist der Arbeiter nicht mehr möglich, auch nur die allerbescheidenste Lebenshaltung zu führen. Besonders die Textilarbeiter in Schlesien ist im Lohne, gegenüber den Textilarbeitern in den westlichen Provinzen, noch weit zurück. Dagegen

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Übersetzt von Adolf Heß.

Er hatte einen Hund, der ebenso groß und zottig war wie er selbst. Der begleitete ihn jeden Tag nach der Fabrik und wartete jeden Abend auf ihn am Tor. An Feiertagen machte Blashow sich auf, um die Wirtshäuser zu besuchen. Er ging höflich und durchbohrte mit seinen Augen die Gesichter der Vorübergehenden. Und der Hund lief den ganzen Tag mit herabhängendem, großen, düst behaartem Schwanz hinter ihm her. Kehnte Blashow dann betrunken nach Hause zurück, so legte er sich zum Abendessen hin und fütterte den Hund aus seiner Schüssel. Er schlug ihn nicht, schalt ihn nicht und streichelte ihn niemals. Nach dem Abendessen warf er das Geschirr vom Tisch auf den Fußboden, wenn es seine Frau es nicht beizureiten wagen konnte hatte, stellte eine Flasche Schnaps vor sich hin, schaute sich mit dem Rücken gegen die Wand und heulte mit dumpfer, das Herz schwer machender Stimme ein Lied, wobei er den Mund weit aufriß und die Augen schloß. Die flugenden, unheimlichen Laute verhebberten sich in seinem Schnarchen und schlackernden Prostkrachen aus den Haaren, der Schloffer aber schloß mit seinen beiden Fingern den Bart zurecht und — sang. Die Worte des Liedes waren ganz unverständlich und lang gedehnt; die Melodie erinnerte an Hofsgeheul im Winter. Er sang so lange, wie in der Flasche noch Schnaps war, dann ließ er sich auf die Wand fallen oder legte den Kopf auf den Tisch und schlief, bis die Fabrik-Hörte erlöste. Der Hund lag neben ihm.

Er saß an einem Tisch und hatte einen schwarzen Todeskampf. Fünf Tage lang wählte er sich ganz schwarz im Bett hin und her, hatte die Augen sehr geschlossen und knirschte mit den Zähnen. Biswilen jagte er zu seiner Frau:

Sie holte einen Doktor, der verordnete Michail heiße Umhänge, jagte aber, eine Operation sei unumgänglich, und man müsse den Kranken noch heute ins Krankenhaus schaffen.

„Sch zum Teufel ... Ich kann allein sterben. Paß!“ jagte Michail.

Als aber der Doktor fortgegangen war, und sein Weib unter Tränen auf ihn einzureden begann, daß er die Operation zuliebe, halte er die Faust und drohte:

„Unterstich' dich nicht ... Werde ich gesund — hast du darunter zu leiden.“

Er saß morgens in dem Augenblick, als die Dampfheißer zur Arbeit rief. Im Saug lag er mit offenem Munde, die Krassen aber waren böse geranzelt. Es begannen ihn seine Frau, sein Sohn, sein Hund, der alte Ernterobold und die Daniels Wirtshauskellner, der von der Fabrik fortgejagt war, und ein paar Bettler aus der Vorstadt. Seine Frau weinte leise und wenig, Pawel weinte nicht. Die Vorstädter, die auf der Straße dem Saug begegneten, blieben stehen, betraugten sich und sagten zueinander:

„Na, die Pelagen kann sich freuen, daß er gestorben ist.“

Saige verbeichteten:

„Der ist nicht gestorben, sondern verreckt.“

Als der Saug eingeschlafen war, gingen die Krassen fort, der Hund aber blieb da, legte sich auf die frische Erde und schnappte lange schweigend an dem Grabe herum. Saige Tage darauf schlug ihn jemand tot.

3.
Siergenz Tage nach dem Tode des Vaters kam Pawel Blashow Sonntag früh betrunken nach Hause. Er glitt knirschend auf den Scherzplag, schlug mit der Faust auf den Tisch, wie es der Vater getan, und rief nach der Mutter.

Die Mutter setzte sich neben ihren Sohn, umarmte ihn und zog seinen Kopf an ihre Brust. Er stemmte die Hände gegen ihre Schulter, leistete Widerstand und schrie:

„Mama ... stink! ...“

„Du Narrchen!“ sagte die Mutter traurig und freundlich, seinen Widerstand überwindend.

„Ich will auch rauchen ... Gib mir Vaters Pfeife ...“ brumnte Pawel mit schwerer Zunge.

Er hatte sich zum ersten Mal betrunken. Der Branntwein hatte seinen Körper geschwächt, sein Bewußtsein aber nicht ausgelöscht, und in seinem Kopf hämmerte die Frage:

„Bin ich betrunken? ... betrunken? ...“

Die Färllichkeit der Mutter machte ihn verwirrt und der Rannmer in ihren Augen rührte ihn. Er wollte weinen, und um diesen Wunsch zu unterdrücken, bemühte er sich, sich noch betrunken zu stellen, als er tatsächlich war.

Die Mutter aber streichelte sein schweißiges, wirres Haar und sagte leise:

„Solltest das nicht tun ...“

Ihm wurde übel. Nach einem heftigen Brechansfall legte die Mutter ihn zu Bett und bedeckte seine blasse Stirn mit einem nassen Handtuch. Er wurde etwas erquickert, aber unter ihm und um ihn herum drehte sich alles im Kreise, seine Augenlider wurden schwer, im Munde spürte er einen abscheulich bitteren Geschmack. Er blinnte dann die Lider auf das große Gesicht der Mutter und dachte verworren:

„Ist offenbar noch zu früh für mich ... Die anderen trinken, denen macht es nichts aus ... Mir aber wird übel ...“

Jrgendwo aus weiter Ferne drang die weiche Stimme der Mutter zu ihm hin:

„Was wirst du mir für ein Ernährer, wenn du zu trinken anfängst ...“

Er schloß die Augen fest und sagte:

„Alle trinken ...“

(Fortsetzung folgt)

Genossen! Zeichnet Anteilscheine der neuen Produktivgenossenschaft „Schlesien“! Aus Werk!

ist der Reichtum der hiesigen Textilbarone und Ungehore. Sie nahen die Arbeiterklasse, in ihrem seit Wochen von einem ständigen Unternehmertum ausgehenden Kampfe auszuhalten. Ist nur bedauerlich, daß die Gewerkschaften aus all diesen Kämpfen nichts lernen wollen. Jedem erfahrenen Gewerkskämpfer muß es doch klar sein, daß in diesen Einzelkämpfen die Arbeiterklasse sich aufreißt. Im günstigsten Falle bringen diese Kämpfe ein paar Pfennige mehr Lohn. Diese Lohnhöhe ist in der kurzen Zeit durch die ständig steigende Leuerung wieder illusorisch gemacht. Und was noch schlimmer ist, die unumschränkte Macht der Unternehmer gegenüber der Arbeiterklasse wird nicht geringsten beschnitten. Solange die Arbeiterklasse nicht die Kontrolle über die Produktion hat, ist eine wirkliche Lohnhöhe nicht zu erzwingen; denn das Unternehmertum wird noch jede Forderung an Lohn auf die Fertigfabrikate abwälzen. Es ist für die Gewerkschaften ein Leichtes, wenn sie gemeinschaftsbestimmte Forderungen an das gesamte Unternehmertum stellen würden, sie restlos durchzubringen. Die Genossen und Genossinnen in den Gewerkschaften haben dafür zu wirken, daß endlich mit dieser nichtswürdigen Arbeitsgemeinschaftspolitik Schluss gemacht wird. Nur unerbittlicher Klassenkampf kann die Arbeiterklasse vor weiterer Vereinerlichung schützen. Die Arbeiterklasse muß endlich doch erkennen, daß nur die kommunistische Partei in dem Sinne wirkt. Dagegen zieht es die SPD. und in letzter Zeit auch die USPD. vor, lieber mit Stinnes zu gehen. Die Zukunft wird zeigen, daß die Arbeiterklasse auf die Dauer diesen Windel nicht mitmacht. Die Rednerin kam dann auf die Steuern zu sprechen, die zum größten Teil wieder auf die Arbeiter des Proletariats abgewälzt werden sollen. Einen kleinen Geschmack wird die Arbeiterklasse in Kürze bekommen, wenn die im vergangenen Monat vom Reichstag angenommene Umsteuer von zwei Prozent auswirkt. Die Unternehmer und Großhandelskreise werden es vorzüglich verstehen, diese Steuer auf die Verbraucher abzuwälzen. Nun sollte man meinen, daß man mindestens die SPD. und USPD. diese Steuer im Reichstag gefehlt hätten. Weit gefehlt! Sie haben im trauten Verein mit bürgerlichen Parteien für diese Steuer gestimmt. Es ist nun mal so, diese auch-Arbeitervorteiler haben sich auf die schiefen Wege begeben und rutschen immer mehr in den bürgerlichen Kampf hinein. Wann wird das betrogene Proletariat endlich die Konsequenzen ziehen? Dann streifte Genossin Reichert die kleindeutschen Kämpfe. Die Arbeiterklasse Mitteldeutschlands hat nicht bloß ihrer Haut gewährt, sondern ihr Abwehrkampf wurde für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. Vor allen Dingen wollte der Sozialdemokrat Höring die kommunistische Bewegung in Mitteldeutschland ersticken. Hat in auch die besten Köpfe der Arbeiterbewegung ermordet, oder hier Zuchtmauern begraben, trotzdem lebt die SPD. noch in vielen Fällen sind es die Frauen, die die Fahne des Kommunismus hochhalten. Die Genossin Reichert ging dann über auf die Lage der Arbeiterfrau ein. Für sie gibt es heute keinen Acht-Stunden-Tag. Sie muß in der häuslichen Wirtschaft ihre Arbeit verrichten und vielfach — wegen der rechten Entlohnung des Arbeiters — noch für den Kapitalismus nützen. Das reißt die Arbeiterfrau rechtzeitig auf, sie führt kein menschenwürdiges Dasein.

Als Gegenstück dient die Stellung der Frau in Sowjet-Rußland. Dort wird das Essen in Gemeinschaftsküchen hergestellt, Kinder werden in Kinderheimen aufs beste betreut. Genossin Reichert ermahnte die anwesenden Frauen, sich restlos der kommunistischen Partei anzuschließen. Nicht einmal die kapitalistische Wirtschaft zusammen, dann ist es sehr notwendig, daß auch die Frauen am Aufbau des proletarischen Staates helfen. Daß die Genossin Reichert den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat, bewies der große Beifall.

In der Diskussion meldete sich ein Genosse der USPD. zum Wort. Er war der Meinung, daß verschiedene Genossen der SPD. in dem Lohnkampf der Textilarbeiter nicht voll ihren Beitrag geleistet hätten. Eine Anzahl Diskussionsredner stellten er fest, daß gerade die kommunistischen Genossen die größte Initiative in dieser Lohnbewegung entwickelt haben. Ein alter Genosse forderte noch die Anwesenden auf, in dem uns von den Unternehmern aufgeforderten Kampfe auszuhalten, bis wir unsere Forderungen bewilligt erhalten. Genossin Reichert berichtigte in dem Schlusswort alles, was durch die Diskussion zur Sprache kam. Sie forderte die Anwesenden auf, die bürgerliche Presse auszuwerfen aus ihren Wohnungen und dafür die Schließung der Arbeiterzeitung zu abonnieren, denn diese Zeitung vertritt am besten die Interessen des arbeitenden Volkes.

In vorgeordneter Stunde schloß der Versammlungsleiter die besten Geistes besetzte Versammlung. Der Erfolg war: einige Frauen für die Partei, sieben Frauen abonnierten die Arbeiterzeitung, „Die Kommunistin“, sowie eine Tellerammlung, eine Einnahme von 120,90 Mark zur Deckung der Kosten der Arbeiterzeitung wurden umgesetzt 29 Kalender der Schließung der Arbeiterzeitung und für 31 Mark Broschüren. Wenn auch die sozialdemokratische Presse schreit, die kommunistische Partei sei im Aussterben, so können wir ihr zurufen: Und sie lebt doch.

Genossen, Genossinnen! Bereitet überall die angesehnen Versammlungen gut vor. Aus den bisher eingelassenen Briefen über die Versammlungen der Genossin Reichert geht hervor, daß sie überall großen Anklang gefunden hat. Sorgt dafür, daß die Bekanntmachungen rechtzeitig erfolgen, damit die Versammlungen überall gut besucht sind. Ein voller, durchschlagender Erfolg ist Euch dann sicher.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Bezirksauswahlkommission des Kreis 14, 4. Bezirk, am 8. Januar in Königsfelden.

Die vom Bezirksausschuss einberufene Bezirksauswahlkommission von 18 Delegierten aus acht Vereinen besuchte nach dem Verlesen des Protokolls die Bezirksklassen der Rassenbewegung, die Genosse Kieglig-Waldenburg den Bericht von der letzten Bezirksauswahlkommission. Wichtiges aus diesem Bericht: Wie denken die Sportgenossen über ein wöchentliches Erscheinen des Mitgliedsblattes? Der Kreis fordert eine Kopfsteuer von 50 Pf. für die beiden ersten Mannschaften in der B-Klasse spielen, wenn eine davon in die A-Klasse zu wechseln. Kritisiert die das wöchentliche Erscheinen des Mitgliedsblattes, da es nicht nur als Vereinsblatt in Frage kommt und eine Propaganda nach außen nicht bietet. Eine bessere Propaganda ist die Veröffentlichung von Sport- und Spielberichten in der Arbeiterpresse. Die Kopfsteuer für den Kreis wird befürwortet. In der 1. Gruppe ist Sparta-Striegau, in der 2. Gruppe S. A. Sandberg-Striegau. Das Auswahlspiel um den Bezirksmeistertitel findet am 22. Januar um 2 Uhr in Freiburg statt. In der Jugendklasse steigt in der 1. Gruppe A-Klasse Jauer I, in der 2. Gruppe Jauer II, in der 3. Gruppe Sandberg I und Hermannsdorf I. Die Wahl des Bezirksvorsitzenden ergab die Wiederwahl. Eine Nachprüfung findet am 19. Februar, vormittags 8 Uhr in Königsfelden statt. Schlussworte der Prüflinge am 25. Januar: Abgabe der Beiträge zur Prüfung 150 R. Unter Anträge und Beschwerden erhält auf Antrag der werdende Bezirksmeister ein Recht auf Mitgliedschaft. Jeder Verein ist von jetzt ab verpflichtet, die Bezirksauswahlkommission zu unterstützen. Am Tage der Bezirksauswahl ist Spielverbot. Jeder Verein hat jeden Monat bis zum 8. des Monats Mitgliederstand sowie Zu- und Abgänge an den Vorstand zu melden. Alle Bezirksvereine haben eine Gruppenprüfung der Mitglieder am 22. Januar zu halten. Am 22. Januar ist eine richtige

Ordnung der Pässe herzustellen, werden neue ausgegeben. Bei Austragung von Gesellschaftsspielen muß vierzehn Tage vorher dem angeforderten Bezirk Mitteilung gemacht werden. Um 4.40 Uhr fand mit einem kräftigen „Frei Heil“ auf weiteres Gelingen unserer Sportbewegung die Bezirksprüfung ihren Abschluß. Die Betreuer werden ersucht, vorstehende Beschlüsse genau zu beachten und innezuhalten.

Paul Hoffmann, Bezirksprüfungsführer.

Wirtschaftliche Übersicht.

Das Elend des englischen Proletariats.

Aus London wird gemeldet: Der Angestellte des englischen Bergarbeiterverbandes Greenall teilte kürzlich in einer Versammlung in Bolton folgende Zahlen mit, die den Niedergang der proletarischen Lebenshaltung in England veranschaulichen. Verglichen mit den Novemberlöhnen haben einen wöchentlichen Lohnverlust:

445 000 Bauarbeiter	303 000 Pfd. Sterl.
1 600 800 Metallarbeiter	1 000 000 " "
1 000 000 Textilarbeiter	594 000 " "
706 000 Transportarbeiter	383 000 " "
1 300 000 Bergarbeiter	2 500 000 " "

Das Pfund Sterling ist augenblicklich 750 Papiermark wert. Darnach kann man den ungeheuren Lohnverlust ermessen, den die wichtigsten Arbeiterkategorien Englands allwöchentlich erleiden, weil die Gewerkschaftsbürokraten nicht kämpfen wollen.

Neben dem Lohnabbau strebt das englische Kapital eine Verlängerung der Arbeitszeit an. Zunächst sind es die schottischen Eisenbahngesellschaften, die eine Durchbrechung des Achtstundentages beabsichtigen. Das Landeslohnamt für die britischen Eisenbahnen wird sich demnächst mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Das englische Agrarkapital wendet dieselben Methoden an wie das Industriekapital. In verschiedenen Teilen Englands, besonders in Norfolk, stehen die Landarbeiter schon seit mehreren Wochen im Streik, um eine neue Verschlechterung ihrer Lebenshaltung abzuwehren.

Schwere Industriekrise infolge Steigen der tschechischen Wäuta.

Das Steigen der tschechischen Wäuta hatte in der Industrie Karpaten-Rußlands eine schwere Krise hervorgerufen. Die große Magnetfabrik, die 10 000 Arbeiter beschäftigt, hat ihren Betrieb eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen. Auch die großen Sägewerke mußten ihren Betrieb vollkommen stilllegen. Von den 3 großen Eisenwerken arbeitet nur noch eins, aber auch stark eingeschränkt und bei reduzierter Arbeitszeit.

Die tschechische Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Krise in der Industrie. In den wichtigsten Exportindustrien sind vor dem Kriege eine Million Arbeiter beschäftigt gewesen, davon 300 000 in der Textilindustrie, 300 000 in der Maschinen- und Metallindustrie, 100 000 in der Berg- und Hüttenindustrie und die restlichen 300 000 in der Bekleidungs- und Hausindustrie. Wenn auch in einzelnen Industrien Verminderungen in der Zahl der Beschäftigten eingetreten sind, so haben andere Industriezweige Vermehrung ihrer Industriekräfte vornehmen müssen, so daß im ganzen genommen die Gesamtzahl der Arbeiterklasse dieselbe geblieben ist.

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Löhne der Reichsarbeiter.

Ueber die Verhandlung der Spitzenorganisationen, die Erhöhung der Arbeiterlöhne betreffend, berichtet die bürgerliche Presse:

In den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Aufbesserung der Löhne der Reichsarbeiter haben sich die Vertreter der Regierung bereit erklärt, dort, wo die Reichsarbeiter schlechter bezahlt würden als die Arbeiter der Privatindustrie, eine Aufbesserung durch Gewährung von Uberteuierungszuschüssen vorzunehmen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Regierung und die Gewerkschaftsvertreter haben sich heute mittag grundsätzlich auf eine Stundenlohnerrhöhung von 75 Pf. für Männer, 50 Pf. für Frauen und 30 Pf. für jüngere Arbeiterinnen geeinigt. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kabinetts werden die Zulagen ab 1. Januar 1922 ausgezahlt.

In Ergänzung obiger Meldung betreffend den Abschluß der Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter kann die Telegraphen-Union folgendes mitteilen:

1. Ab 1. Januar 1922 erhalten die Handwerker und Arbeiter eine Stundenlohnerrhöhung von 75 Pf. Als Stichtag wurde der 12. Januar angelegt, d. h. wer vor dem 12. Januar ausscheidet, nimmt an der Lohnerrhöhung nicht teil.
2. In allen Orten, wo die Löhne der Privatarbeiter höher sind als die der Staatsarbeiter, soll ein Ausgleich herbeigeführt werden durch die Gewährung von Uberteuierungszuschüssen. Die Verhandlungen hierüber beginnen am 20. Januar.
3. Für die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren ist eine Stundenlohnerrhöhung von 35 Pf. für die 19jährigen von 55 Pf. vorgesehen; für die weiblichen Arbeiter bis zum 19. Lebensjahre wurden 30, vom 20. Lebensjahre ab und darüber hinaus 50 Pf. pro Stunde hinzugeschlagen.

Unmittelbar an die Verhandlungen über die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter schlossen sich die Verhandlungen mit den Beamten an. Es ist nicht anzunehmen, daß es mit ihnen bereits heute zu einem abschließenden Ergebnis kommt.

Eine Erhöhung der Löhne um 75 Pfennige angeht einer Preissteigerung, die allein im Dezember nach dem statistischen Reichsamt 11 Prozent beträgt. Stellt man den diversen Lohnerrhöhungen der Eisenbahner, die in der Tat gegenüber der Privatindustrie, wenigstens in den unteren Kategorien, bedeutend schlechter entlohnt werden, entgegen die Lohnerrhöhungen der Eisenbahner, die am 1. Dezember 33%

und am 1. Februar 75% betragen, dann kann man ermessen die Unzulänglichkeit dieser Zugeständnisse.

Die Eisenbahner, die durch dieses Abkommen selbst den kleinsten Erfolg ihres letzten Streiks davonschwimmen sehen, werden sich in Zukunft klar werden müssen, daß sie Kämpfe nicht eher abbrechen, als sie nicht den Erfolg ganz in der Tasche tragen.

Vor einer neuen Lohnbewegung in Oberschlesien?

Der Arbeitgeberverband hat an die Verwaltung der Bismarckhütte das Verlangen gestellt, die den Arbeitern am 15. Dezember v. J. unter dem Druck des Terrors gegebene Zulage der Lohnzulagen wieder zurückzunehmen, da sie mit einem vom Schlichtungsausschuß Gleiwitz gestellten Schiedsspruch unvereinbar seien. Die Bismarckhütte hat diesem Verlangen entprochen, worauf eine von Vertretern der Gewerkschaften in Kattowitz einberufene Versammlung eine drohende Haltung einnahm. Einstweilen beschloß man, vor Ergreifung weiterer Schritte in Verhandlungen einzutreten.

Schwarze Listen gegen die Eisenbahner.

Wir berichteten bereits von zahlreichen Maßregelungen von Eisenbahnern, die sich am letzten Streik beteiligt haben. Die Regierung will sogar Streikteilnehmer gerichtlich verfolgen.

Doch damit nicht genug! Die Eisenbahndirektion Berlin will systematisch den Betrieb „säubern“. Bei den geplanten Massenentlassungen sollen in erster Linie solche Eisenbahner und Beamten an die Reihe kommen, die sich am letzten Streik beteiligt haben. Zu diesem Zweck will die Eisenbahndirektion Ermittlungen anstellen und versendet folgenden Telegrammbrief:

Abtschritt:
Der Präsident
der Eisenbahndirektion.
S. Nr. (Pr.) 3. 4. P. 2/3.
Berlin W 35, 7. Januar 1922.
Schöneberger Ufer 1-4.

An die Herren Amtsvorstände einschl. Beamten Brandenburg-Well, Banabteilungen und Vorstände der Direktionsbüros.

Um ein Allgemeinbild über die Beteiligung der Beamten und Arbeiter am letzten Streik zu gewinnen, werden die Herren Amtsvorstände und Bürovorstände ersucht, die erforderlichen Angaben nach nachstehendem Muster bis spätestens 12. d. Mts. zu machen. Zur genauen Ermittlung der Zahlen ist der schriftliche Weg an die beteiligten Dienststellen unter allen Umständen zu vermeiden. Die Unterlagen sind vielmehr an Ort und Stelle oder fernmündlich mit dem Dienststellenleiter zu ermitteln.

Formular:
1. Beamte, die sich an dem Streik beteiligt haben:

Name	Amtsstellung	Dienststelle	am Streik beteiligt am: (Tage einzeln angeben)	Sort der Beamte an den in Spalte 4 angegebenen Tagen planmäßig Dienst gehabt?
1	2	3	4	5

2. Arbeiter, die sich an dem Streik beteiligt haben:

Dienststelle und Belegschaftsköpfe	Davon waren an dem Streik tage lang: Köpfe	verblieben Köpfe	am Streik haben sich im ganzen beteiligt Köpfe	Prozentfuß der Streikenden unter Zugrundelegung d. Zahlen i. Spalte 2
1	2	3	4	5

Sollten Beamte oder Arbeiter gewalttätig in Betrieb, Verkehr und Verwaltung eingegriffen haben, so ist unter Angabe der Namen über den Tatbestand kurz zu berichten. gez. Busff.

Diese Aufstellung der schwarzen Listen richtet sich in erster Linie gegen die Mitglieder des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Diese dürfen daher keine Zeit verlieren und müssen sofort bei ihrer Zeitung darauf dringen, daß alle Abwehrmaßnahmen getroffen werden. Die Eisenbahner dürfen keine Maßregelungen, keine Entlassungen zulassen, sondern müssen dafür sorgen, daß den brutalen Anschlägen der Eisenbahndirektion mit allen gewerkschaftlichen Nachtmitteln entgegengetreten wird.

Neues vom Tage.

Die „Rassen“ sind verboten.

Es ist einfach lächerlich, in welchen Formen der instinktive Haß der Bourgeoisie gegen die proletarischen Massen sich manchmal auslebt. In einer Sitzung des Provinzialvorstandes der ostpreussischen Zentrumspartei in Borsditt wurde beschlossen, den ostpreussischen Zentrumszeitungen die Aufnahme von Anzeigen anderer Parteien nur dann zu erlauben, wenn es sich um reine Versammlungsanzeigen handelt. Jegend welche Hinweise oder Zulagen, wie z. B. „Erscheint in Rassen“, sind verboten.

Ganz auf die Versammlungsanzeigen der gegnerischen Parteien zu verzichten, steht außer den Kräften der bürgerlichen Blätter. „Geld stinkt nicht!“ So sollen wenigstens die „Rassen“ verboten sein, vielleicht rettet man sich dadurch vor dem bösen Bolschewismus.

Entscheidungen über den Hamburger Epizelsumpf.

In Hamburg gerieten in die Hände unserer Genossen eine Reihe von Dokumenten, die die Existenz einer regelrechten Epizelorganisation, mit eigenen Büros, Agenten usw. beweisen. Diese famose Organisation, die in engster Verbindung mit dem Hamburger sozialdemokratischen Polizeiminister Henke stand, besaß außer der kommunistischen Partei auch die KPD, die kommunistische Jugend, die Arbeiter-Union, die Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen, die Entente-Kommission usw. Man lieferte regelmäßige Berichte über die Tätigkeit dieser Organisation und wenn kein „Stoff“ vorhanden war, dann schickte man eben die Dokumente, erforderte Tatsachen, um damit seine Existenzberechtigung zu beweisen. So sollte einmal sogar die große Hamburger Ballanwerft gesprengt werden, natürlich — von Kommunisten. Jetzt ist die ganze Epizelzentrale aufgelassen und die Schande der sozialdemokratischen Führer in Hamburg entfällt. Wir hoffen, daß auf Hamburg auch andere Städte der demokratischen Epizelrepublik Deutschlands folgen werden.

Einberufung des Reichstages.

Der Reichstag ist für Donnerstag, den 10. Januar, um 11 Uhr einberufen worden.

Colales.

Geht alles in die Liebknecht-Engelburg-Gedächtnisfeier, abends 7 Uhr, in den Zentralballsälen, Westendstraße.

Montag, abends 6 Uhr, Verwaltungssitzung der Produktiv-Genossenschaft.

Um die Beteiligung an der Liebknechtfeier zu ermöglichen, wird **pünktliches Erscheinen** erwartet.

„Die Ballzeit beginnt“.

So lautet die freudige Mähr in den bürgerlichen Zeitungen. Und dazu gibt's Bilder von schönen, eleganten Damen, von Ballblumen und Spitzen — Meergrünes Ballkleid mit Goldstickerei und Kopfschmuck aus Paradiesvögeln, Türkisfarbenes Ballkleid mit Silberspitze, „Japanisches Dreieck zum Ballkleid getragen“ erklären die Unterschriften. — Arbeiterfrauen, junge Arbeiterinnen, leik und freik auch: die Ballzeit beginnt! Wärme, hellerleuchtete Säle, das Klatschen der Seide, Glitzern der Edelsteine, Blumenstaub. Wenn ihr in euren schlecht geheizten Stuben sitzt und zum unglücklichen Male die langst abgetragene Bläuse eurer blaffen Kinder sticht, denkt ja daran: Für jene, für die Ausbeuter hat die Ballzeit begonnen, und sie sind ihrer Herrschaft so sicher, daß sie es frech der darbenenden Arbeiterschaft vor Augen führen.

Eine kleine Freude von euch wird neuerlich scharf empfunden. Wollt ihr einmal ausspannen von dem Dreck des Alltags, wollt ihr einmal ein harmloses Vergessen suchen, euch einmal eine kleine Freude erlauben für die ihr noch besonders geduldet habt, dann kommt der Staat oder die Gemeinde und verteuert euch das kleine Vergnügen. Ihr sollt büßen für die Sünden der fetten Bourgeoisie, ihr sollt schaffern und hungern und schaffern, damit die Ausbeuter, die sich von eurem Schweige mästen, sich auch noch auf eure Kosten amüsieren können.

Ihr haßt in schlechten, viel zu engen Wohnungen. Ihr wollt aus dem Dreck für einige Stunden heraus. Ihr wollt, weil ihr jung seid, weil ihr empfindet wie andere Menschen, auch einmal ein kleines Vergnügen haben. Ihr wollt nicht büßen für die Sünden anderer Leute, die eure Feinde sind.

Die Ausbeuter und ihre Agenten hindern euch daran. Die Bourgeoisie sitzt in ihren Villen und Palästen. Sie leidet nicht an Wohnungsmangel, sie hält die üppigsten Mahlzeiten, wenn ihr arbeitet und Bettel schaffst. Die Bourgeoisie braucht eure Vergnügungen und Colale nicht, in denen ihr euch vergnügen wollt. Sie stellt ihren Steuerregulator vor eure Türe und hält in ihren Villen und Palästen, in den raffiniert ausgestatteten Salons ihre Vergnügungsorgie ohne Steuerregulator. Sie zahlt keine Steuern für die raffiniert ausgestatteten Feste, zu denen ihr die Mittel erarbeitet habt. Sie lange, ihr Arbeiterfrauen und -männer, wollt ihr diese Gesellschaft noch auf euch herumtanzen lassen.

Breslau. Unangenehme Nachbarschaft.

Eine recht rauduntige Nachbarschaft scheint die Familie Schönfelder, Langegasse 49 wohnhaft zu sein. Wie uns ein Bewohner des Hauses mitteilt, haben sie ihn, weil er sie wegen verschiedener Verleidigungen vor den Schiedsmann züerte, in Gemeinschaft mit einem gewissen Drona auf das übelste zugerichtet. Neben eingeschlagenen Zähnen hat er auch noch das Zerreißen seiner Kleidungsstücke zu beklagen. Dieses rohe Verhalten ist um so mehr zu verurteilen, als es sich um einen Kriegsveteranen handelt.

Die Preise für Krankenbeförderung.

Der Breslauer Magistrat teilt mit: Die Gebühren für die Krankenbeförderung durch städtische Kraftwagen sind wie folgt festgesetzt worden:

a) für Beförderungen innerhalb des Stadtkreises:

Für einen Breslauer Einwohner 60 M., für einen Fremden 75 M., für einen Begleiter (Angehörigen) 12 M.,

b) für Beförderungen von außerhalb nach der Stadt und umgekehrt:

Grundgebühr 60 M., für jeden gefahrenen Kilometer 18 M., für den Begleiter 30 M.

Ferner wird für den begleitenden Oberfeuermann und Feuermann das Tagelohn nach den allgemeinen Sätzen für Beamte berechnet.

Die Arbeit des städtischen Einigungsamtes.

Bei dem städtischen Einigungsamte liefen im Dezember v. J. 1673 neue Anträge ein, und zwar 182 ausgehend von Mietern, 1402 von Vermieterkreisen, 85 von Amts wegen. Erledigt wurden 1159 Fälle, darunter 388 durch Vergleich, 143 durch Jurisdiktion des Amtes und 628 auf andere Weise. Von den erledigten Anträgen fallen 908 unter die Mieterschlichtungsordnung vom 23. September 1918 und 82 unter die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919, während weitere 16 Fälle Heizungsfragen, 28 Fälle die Genehmigung zur Zwangsversteigerung, 75 die Festsetzung eines Zwangsmietvertrages, sechs eine Ermäßigung der Miete und 44 verschiedene Beschwerden betreffen.

Gas, Wasser und Strom.

Im Inzeratenteil weist die städtische Betriebsdeputation darauf hin, daß wegen Expansions die Messerstände auf den Verbrauchsrechnungen künftig wegbleiben.

Jeder blamiert sich, so gut er kann.

Gottesberg. Unter dieser Überschrift bringen unsere braven SPD-Leuten eine Antwort auf unseren Bericht aus der vorletzten Stadtverordnetenversammlung. Der Schreiber überfugelt sich förmlich, es kann gar nicht genug auf einmal aus dem gepreßten Drogen heraus, eine einzige, wüste Schimpferei, nur keine Widerlegung unserer Behauptung. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung wollen wir benützen, um auch gleich einige Bemerkungen zu den Sudeleien in der „Schles. Vergewalt.“ zu machen. Die Sitzung beschäftigte sich in der Hauptsache mit Zahlen zu den verschiedensten Ausschüssen. Der dieser Komödie beigenohnt hat, glaubte sich in einem Lustspielhaus zu befinden, der Bericht über diese Sitzung müßte eigentlich in einem Blättchen erscheinen. Ist den Sozialdemokraten noch nicht einmal der Gedanke gekommen, zu welchem Theater sie die Hand bieten. Sind nicht die Sitzungen der Stadtverordneten deswegen öffentlich, damit jeder Bürger seine Stadtkassier kontrollieren kann, wie sie seine Interessen vertreten, und hier wird in einer Sitzung der Vorbereitungskommission alle Arbeit geleistet, die eigentlich in die öffentliche Sitzung gehört. Wenn dann in öffentlicher Sitzung nur pro forma, ohne jede Aussprache die Bestimmungen vorgenommen werden, so ist das eine Komödie.

Bei der Wahl der Schlachthofskommission ging Stadtverordneter Zimmer (SPD.) auf den Bericht in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ ein und behauptete, er sei falsch. Alles Dittchen an den Berichterstatter hilft nichts, jetzt sieht, und gestern wurde es von Zimmer und dem neuen Beigeordneten Henmann erneut bestätigt; sie haben der Erhöhung der Schlachthofgebühren zugestimmt mit der Begründung: weil der Arbeiter sowieso nur höchstens zweimal Fleisch in der Woche kaufen kann, trifft ihn die Verteuern nicht. Selbstverständlich, also Zimmer und Henmann wissen, daß der Arbeiter sich nur zweimal Fleisch kaufen kann, da kann man es ruhig weiter verteuern, damit er sich in Zukunft gar keine mehr kaufen kann. Aber Henmann empfiehlt Pferdefleisch für die Arbeiter, hoffentlich ist er auch welches. Ueberhaupt, ihr Vergarbeiter, seht euch mal eure Vertreter etwas näher an, nicht nur aufs Maul, sondern auf ihre Taten. Der Sozialdemokrat Juliusburger schlägt bürgerliche Vertreter in die Kommissionen vor, dazu habt ihr ihn doch wohl nicht gewählt. Der Mann ist wohl ein tüchtiger Geschäftsmann, aber ihn als Sozialisten zu bezeichnen, hiesse den Sozialismus schänden. Dieser Sozialdemokrat entblödet sich nicht, in öffentlichen Stadtverordnetenversammlungen zu erklären, er sei Mitglied aller bürgerlichen und kirchlichen Wohltätigkeitsvereine, er gebe nur einen größeren Betrag und habe auch keine Beiträge für das laufende Jahr schon bezahlt. Dann beschuldigt er seinen eigenen Parteigenossen Wänsch der Denunziation, und solches bildet die Partei. Kann man solche Dinge, wenn man sie beurteilt, und es liegt gar kein Grund für diese Denunziation vor, nicht in der Fraktion oder einer Mitgliederversammlung austragen? Auf Deibel!

Die Ausspielung auf den einzigen kommunalistischen Stadtverordneten läßt uns laßt, wir kennen die Schwächen unseres Genossen ganz genau, aber das eine steht fest, daß es wohl der einzige ist, der ehrliche Arbeiterinteressen vertritt, daß er nicht so rebegebannt ist und von den SPD-Leuten bei jeder Gelegenheit mit Spott und Hohn behandelt wird, ist eine Tatsache.

Die Behauptung, wir hätten unser Geschreibsel über die Polizei de- und wehmützig zurückgenommen, trifft nicht zu, wir haben nur festgestellt, daß nicht die Polizei Verlangen nach diesem Firlefanz hatte, sondern daß es der sozialdemokratische Minister des Innern verordnet hat.

Wenn ihr aber wollt, dann können wir Namen nennen von Sozialdemokraten, die in der Stadtverordnetenversammlung die Polizei angreifen und dann zwei Flaschen Rum auf die Wache bringen. Ja, ja, so sehen diese Arbeitervertreter aus. Wir aber wiederholen hier, was wir euch schon wissen ließen, wir sind bereit mit euch gemeinsam zu gehen, gemeinsam zum Kampf gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus, wenn ihr bereit seid, ehrlich mit uns Arbeiterinteressen zu vertreten.

Wochenpielplan der Breslauer Theater

vom 16.—22. Januar

Stadttheater: Montag: „Freischütz“; Dienstag: „Lohengrin“; Mittwoch: „Entführung aus dem Serail“; Donnerstag: „Carmen“; Freitag: „Meisterlanger von Nürnberg“.
Lobetheater: Montag: „Gas“; Dienstag und Freitag: „Feldherrnhügel“; Mittwoch: „Eiferjucht“; Donnerstag: „Macbeth“; Sonnabend und Sonntag: „Wilhelm Tell“.
Theatraltheater: Montag: „Er und seine Schwester“; Dienstag: „Mein Leopold“; Mittwoch, Donnerstag und Sonntag: „Im weißen Rössl“; Freitag: „Einer von unsre Leut“.
Schauspielhaus (Operette): Abends: „Die Tanzgräfin“.
Lieblich-Theater: Täglich das große Januar-Variete-Programm.
Zeltgarten: Jeden Abend das vorzügliche Variete-Programm mit Kadetten auf der Bühne.

Verantwortl. Redakt.: Erich A. n. t. s. c. Inzerate: Mag. J. c. h. o. c. e. r. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus

Operettenabende, Tel. R. 2545
Sende und täglich 7 1/2 Uhr:
Die Janzaräfin.

Die Kolonialwaren-, Spirituosen-, Zigarrenhandlung

Ernst Krüger

Jah. Bruno Hüger

Oberhermsdorf

hält sich bei Bedarf

bestens empfohlen.

Ich kaufe Herren-Garderobe

Zinze, Ueberzieher, Jacken, Gebrod u. Frack-Zinze etc.

Militär-

Bullen, Röcke, Hosen, Mantel, Schuhe, Socken

neu u. gebraucht

Hadamek, Brandenburgerstr. 9.

Redakteur der Schles.-Arb.-Ztg

appelliert an proletarische Solidarität

und sucht sofort oder vom 1. Februar

ab 1 oder 2 möblierte Zimmer.

Angebote an die Redaktion.

Kleine Wertstatt in Breslau

sofort zu mieten g-fündl. Angebote an

die Redaktion der Schlesischen Arbeiter-

Zeitung, Kilostr. 49/50, I.

Proletarier lies!

Nur durch Verlesung des Wörers

kann die geistige Diktatur des

Sozialis gebracht werden!

Die kommunistische Bücher- u. Breslau 5, Gräbchener Str. 45

hat ein reichhaltiges Lager aller

schätzbaren proletarischen Literatur.

Bücherzeichnisse kostenlos!

Gas, Wasser und Strom.

Wegen Expansions an Schiedsarbeit in

er Range der Betriebsräte werden häufig

auf den Verbrauchsscheinungen die Messer-

stände allgemein wegzulassen, zum Teil in

es schon bei der letzten Messungsergebnis

stehen.

Zu der Abhier in jedem Falle dem

Verbraucher einen Ständegeld über das

Ergebnis der Abrechnung übergeben, kann hier

zu berechnen über oder auch leicht nach-

rechnen.

Rücksichtslos herabgesetzte Preise.



Von Montag, den 16. bis Sonnabend, d. 21. Januar

Räumungs-Verkauf

in Herren- und Knaben-Konfektion.

Herren-Winter-Ulster	a. mittel- u. dunkel-farb. Mantelstoff. Räumungspreis	118 ⁰⁰
Herren-Anzüge	a. wirklich festen Strapazierstoffen mit soliden Zusätzen. Räumungspreis	275 ⁰⁰
Herren-Winter-Joppen	Sportfason, grauer, solid. Strapazierstoff mit Faarzierer. Räumungspreis	148 ⁰⁰
Gestreifte Reinkleider	zum Cutaway dunkle Streif., die Hose	98 ⁵⁰
Gestreifte Reinkleider	aus ganz vorzüglich. Wolstoff, mittel-farb. Streif., sonst. Verkaufspreis 225.—, Räumungspreis	195 ⁰⁰
Arbeitshosen	a. glatten, dunkelblauen Strapazierstoffen, Räumungspreis Paar	68 ⁰⁰
Jünglings-Winter-Ulster	aus tadellos. Ulsterstoffen in vielen Farben. Einheitspreis, durchweg Stück	295 ⁰⁰
Breches-Hosen	aus erstklassig. Sommer-Cord, in tadelloser Verarbeitung. Paar	245 ⁰⁰

Leder-Lie-Hosen	Leder-Lie-Hosen	Leder-Lie-Hosen	Leder-Lie-Hosen	Leder-Lie-Hosen	Leder-Lie-Hosen
35 ⁰⁰	25 ⁰⁰	50 ⁰⁰	115 ⁰⁰	395 ⁰⁰	135 ⁰⁰

Verlängerter Inventur-Ausverkauf

bis 21. Januar 1922

rücksichtslos herabgesetzte Preise!



Wollwurm

Linsblom Rumpfsohle 63

Freiburger Münster Geld-Lotterie

Ziehung am 25. bis 31. Januar.

1 Million

Hauptgewinn	150.000
"	100.000
"	75.000
"	50.000

Lose zu Mark 6.—
Porto und amtliche Liste Mk. 3.—

Bank- u. Lotterie-Geschäft
Kass. Groß, Hamburg 9, Frl. Holz 54, I.

Preiswert

Mandolinen
Saiten, Zithern
Violinen
Grammophone
Neue Platten
Musikhaus
Melzer
Breslau
Friedrich-
Wilh. Str. 36